



Berthold Huber
Erster Vorsitzender der IG Metall

„Die Krise bekämpfen. Sozialpakt für Europa!“

EGB-Demonstration
16. Mai 2009, Berlin

Sperrfrist Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die kapitalistische Weltwirtschaft hat einen Systeminfarkt erlitten. Wir brauchen jetzt eine breite gesellschaftliche Debatte über die Zukunft unseres Wirtschaftssystems. Ein Zurück darf es nicht geben: Dem Treiben der marktradikalen Geisterfahrer und neoliberalen Serientätern muss ein Ende gesetzt werden.

Wir wollen einen neuen Weg gehen. Einen Weg des guten Lebens für alle und nicht einen Weg, der nur wenige zu ihrem süchtigen eigenen Ziel bringt.
Einen Weg, der die Interessen der Menschen und der Umwelt im Blick hat und nicht den der Reichen und Superreichen.
Wir streiten gemeinsam für ein Gutes Leben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Heute protestieren wir in ganz Europa:
gegen Arbeitsplatzvernichter, gegen Spekulanten an den Finanzmärkten und gegen Profitjäger in den Unternehmen.

Jahrelang haben diese Leute Milliarden-Gewinne privatisiert.
Und heute wollen sie ihre Verluste sozialisieren. Die Arbeitnehmer, Rentner und die Arbeitslosen sollen die Zeche zahlen. Dieses Ganovenstück machen wir nicht mit!

Was ist das für eine Unverschämtheit, wenn der Chef der Deutschen Bank an 25 Prozent Renditeziel festhält und einen Milliarden Gewinn verkündet, während die Steuerzahler mit Milliardenbürgschaften für Banken zur Kasse gebeten werden.

Was ist das für eine Frechheit, wenn Banken Kredite von massenhaften Entlassungen abhängig machen.

Was ist das für ein Zynismus, wenn Konzerne Milliarden-Dividenden an ihre Aktionäre ausschütten und gleichzeitig ihre Beschäftigten mit Entlassungen bedrohen und ultimativ Lohnverzicht verlangen.

Die Lehre aus diesem Systeminfarkt ist:
Ungezügelter Profitstreben und ungebändigte Märkte führen in das soziale und ökologische Desaster. Und deshalb frage ich die Abgeordneten im Bundestag und in den Ländern: Warum gibt es bis heute keinen Untersuchungsausschuss, der Ursachen und Verantwortlichkeiten für diese Krise öffentlich macht und Schlussfolgerungen vorschlägt?

Ich frage die Finanzakteure: Warum haben sie sich bis dato für ihr gieriges Fehlverhalten nicht wenigstens entschuldigt?

Ich frage Arbeitgeber und ihre Verbände: Wann endlich ziehen sie die Lehren aus ihrer perversen Shareholder Orientierung?
Wann endlich richten sie sich an nachhaltigen, an ökologischen und sozialen Zielen aus?

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich habe den Eindruck: wir stehen in einer Zeitenwende! Ja, wir müssen die Krise bewältigen und zwar so, dass möglichst wenige Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz verlieren. Aber: unser Land, unser Europa steht vor der Frage, welchen Weg wollen wir gehen? Den Weg vor der Krise oder den Weg einer Neuorientierung? Für demokratische und soziale Teilhabe! Dafür glaube ich, stehen wir Alle - heute und morgen

Und: Nur demokratische Politik kann diesen Irrweg der letzten zwanzig Jahre beenden.

Politik darf nicht Erfüllungsgehilfe von Wirtschaft und Finanzmärkten sein.

Politik in Deutschland und Europa muss den demokratischen Willen der Bevölkerungsmehrheit umsetzen.

Wir wollen keine Herrschaft des Profits! Wir wollen eine soziale Demokratie!

Dazu gehört gute Arbeit und faires Einkommen.

Dazu gehört vor allem mehr Demokratie und mehr Mitbestimmung für die Beschäftigten.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind keine Befehlsempfänger. Sie wollen mitbestimmen.

Sie wollen die Zukunft ihrer Unternehmen und Arbeitsplätze nicht den Profitjägern und Finanzjongleuren überlassen.

Und deshalb sagen wir: .Die Mitbestimmung auf Unternehmensebene muss den Arbeitnehmern die gleichen Rechte geben wie der Kapitaleseite. Rund 1 000 Kolleginnen und Kollegen von VW sind heute hier. Sie wissen, was es bedeutet, wenn über Standortverlagerungen und Betriebsschließungen nicht gegen die Arbeitnehmer entschieden werden kann.

Das eigentliche Vermögen der Unternehmen sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ihr Wissen, ihr Können, ihre Leistung.

Und deshalb verlangen wir Recht! Das Recht mitbestimmen zu können. Wir verlangen gleiches Recht für die Arbeit!

Kolleginnen und Kollegen,

Noch immer schwadronieren viele eitle Experten in Interviews und Talkshows davon, dass nur Banken „systemisch“, seien. Wer so redet, der ist ein gefährlicher Dummschwätzer. Er hat nicht nur nichts verstanden, er will es offensichtlich auch nicht. „Weiter so“ war gestern falsch und ist es heute erst recht.

Nach dem Crash an den Finanzmärkten droht der Industrie in Deutschland eine Kernschmelze.

Viele Betriebe stehen vor dem Aus, wenn die Politik nicht eingreift. Hunderttausende Existenzen stehen auf dem Spiel.

An die Regierungen in Bund und Ländern appelliere ich deshalb: Lassen sie die Industrie und ihre Arbeitsplätze nicht absaufen.

Wir brauchen einen Schutzschirm für Beschäftigung und Betriebe!

Kredite, Bürgschaften aber auch öffentliches Beteiligungskapital sind erforderlich. Politik muss die industriellen Kerne in Deutschland erhalten.

Politiker oder Parteien, die Beschäftigte – egal ob in Industrie oder Dienstleistungen - im Regen stehen lassen, solche Politiker und Parteien haben keinen Anspruch auf die Stimmen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Denen muss man bei den Wahlen die Quittung geben.
Denen muss man die Rote Karte zeigen.

Kolleginnen und Kollegen,

heute ist der Tag des europaweiten Protestes. Dieser Protest muss/wird über den Tag hinaus gehen.

Wir werden die Auseinandersetzung in den Betrieben führen. Hier kämpfen wir um jeden Arbeitsplatz.

Und wir kämpfen gegen jene Arbeitgeber, die in dieser Krise Löhne und Gehälter drücken wollen.

Wer mitten in der schweren Absatz- und Exportkrise die Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abwürgen will, der ist ein notorischer Brandstifter. Der treibt unser Land in den Ruin.

Lassen wir nicht zu, dass die Brandstifter von gestern und heute jetzt den Feuerwehrmann spielen.

Lasst uns gemeinsam für soziale Gerechtigkeit kämpfen. Dafür, dass die Krise nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird. Die Verursacher müssen zur Verantwortung gezogen werden.

Ich danke Euch.